

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

21.1.1873 (No. 17)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Januar.

№ 17.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einzugsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1873.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung vom 16. Januar d. J. gnädigst geruht, den Kreisgerichts-Rath Philipp Hufschmid in Mannheim zum Oberhofgerichts-Rath zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Poln. Wisa, 18. Jan.** Bei der gestrigen Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage wurde der Kandidat der deutschen Partei, Appellationsgerichts-Rath v. Puttkammer zu Kolmar, mit 4535 Stimmen gewählt; der Gegenkandidat Graf Wielkopolski erhielt 2997 Stimmen.

† **Wesph, 18. Jan.** Das Unterhaus begann heute mit der Debatte des Budgets, in welcher nach dem Berichterstatter Szell der Finanzminister Kerfapolski in längerer beifälliger aufgenommenen Rede sich mit der Uebertragung einzelner Posten vom Extraordinarium ins Ordinarium einverstanden erklärte, und die Ursachen des Defizits den großen Ausgaben und Investitionen zuschrieb, nach welchen, wenn einmal beendet, eine Aufbesserung der finanziellen Verhältnisse des Landes sicher zu erwarten sei, weil das Uebel nicht so bedeutend sei, als es dargestellt werde. — Die für heute anberaumte Konferenz der Deut-Partei ist auf morgen vertagt worden.

† **Rom, 18. Jan.** In der heutigen Kammer Sitzung legte der Finanzminister Sella die Schlussergebnisse der Finanzverwaltung des Jahres 1872 vor. Die Staatseinnahmen betrugen 1296 Millionen, also um eine Million mehr als die Staatsvoranschläge des definitiven Budgets und um 108 Millionen mehr als die Einnahmen des Jahres 1871. Die Staatsausgaben beliefen sich auf 1367 Millionen, überstiegen demnach jene des Jahres 1871 um 89 Millionen, blieben aber um 181 Millionen hinter den Voranschlägen des definitiven Budgets zurück. Der Finanzminister vertraut der Kammer, daß sie die Schlussergebnisse genehmigen werde.

† **Versailles, 18. Jan.** Die Nationalversammlung beschäftigte sich heute fast ausschließlich mit der Interpellation Lepinasse, welche fordert, daß der Minister des Innern darauf hinwirke, daß die städtischen Wahlkörper und die Gemeindevertretungen die Gesetze achten. Der Minister des Innern entgegnete, daß schon Schritte in dieser Richtung von ihm gethan worden seien, und fügte hinzu, daß, so lange er Minister sei, er den Gesetzen Gehorsam verschaffen werde. Die Versammlung lehnte die einfache Tagesordnung ab und beschloß, im Vertrauen auf die Festigkeit des Ministers des Innern zur Tagesordnung überzugehen. — Der letzte Artikel des Broglie'schen Antrags über die Errichtung eines Rathes für den öffentlichen Unterricht wurde von der Nationalversammlung angenommen. — Am Montag gelangt die Interpellation Johnston's (Vorbear) bezüglich des Rundschriftens des Unterrichtsministers zur Berathung.

† **St. Petersburg, 19. Jan.** Wegen des Ablebens Napoleons wurde eine zweiwöchentliche Hoftrauer angeordnet.

† **London, 19. Jan.** Der Schriftsteller Bulwer-Lytton ist heute gestorben.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Jan. Der Staatsanzeiger Nr. 2 vom 18. d. enthält (außer Personennachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: a. den Kreisaußschuß des Kreises Mosbach betreffend; an Stelle des zurückgetretenen Vorstandes Steiner, Dr. Joachim zum Vorstand vom Kreisaußschusse ernannt; b. die Staatsprüfung im Forstfache für das Jahr 1872 betreffend. Unter die Zahl der Forstpraktikanten sind aufgenommen worden: K. Wittemann aus Buchen, L. Heinesetter aus Baden, A. Klebe aus Gaggenau, G. Keller aus Gernsbach, Fr. Mangler aus Spielberg, H. Lanterwald aus Karlsruhe; c. die Ausgleichung der Kriegslasten betreffend. Die Kommission zur Prüfung der Anforderungen für besondere Leistungen und Erleichterungen wird aufgelöst; die sich noch ergebenden Geschäfte sind durch die in Karlsruhe wohnenden Mitglieder Ministerialrath A. Eisenlohr, Regierungsrath Schmidt und Oberamtmann Bechert zu erledigen. 2) Des Handelsministeriums: die Ertheilung von Erfindungspatenten betreffend. 3) Des Finanzministeriums: die vierte währjährige Gewinnziehung des Lottericanalens der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

II. Dienstveränderung. Die Stelle eines Bezirksarztes in Eberbach.

† **Strasbourg, 18. Jan.** Auch unsere Stadt soll nächstens mit einer Pferde-Eisenbahn beglückt werden. Seitens einiger Unternehmer wurden bereits Gesuche um Konzessionirung gestellt, und zwar soll vorerst das Innere der Stadt kreuzweise durch die Bahnhöfe durchschnitten, und letztere gleichzeitig in der Richtung auf die nächsten größeren Ortschaften der Umgebung verlängert werden. Wenn gegen die Gemeinnützigkeit dieser Unternehmung im Allgemeinen zwar kein Zweifel besteht, so scheint dieselbe doch gerade nicht zu den dringlichsten Bedürfnissen zu zählen, zumal durch sie — in unseren größtentheils engen Straßen — leicht Verkehrsstörungen herbeigeführt werden können, und außerdem schon jetzt auf den in Aussicht genommenen Linien gute und regelmäßige Omnibusverbindungen bestehen.

Wie aus einigen an die Redaktion der Strasbourg. Ztg. gerichteten Schreiben von Gemeinberäthen hiesiger Stadt hervorgeht, war der gelegentlich des Vorschlags auf Errichtung einer Kunst-Gewerbeschule von dem Beigeordneten Jmlin und Boguel gestellte Ablehnungsantrag lediglich der Ausdruck der persönlichen Ansicht dieser beiden Herren. Inwiefern dieselbe für die Beschlußfassung des Gemeinderaths präjudizial ist, müssen wir dem weiteren Verlaufe dieser Angelegenheit überlassen. Sicher ist jetzt, daß die Regierung die Frage der Errichtung eines solchen Instituts angeregt hat, und damit ist auch die Hoffnung gegeben, daß die Sache nicht mehr zu den Akten gelegt werden wird.

† **Strasbourg, 19. Jan.** Der zur Jahresfeier der Kaiserwahl 1871 abgehaltene sog. Kaiserball hatte gestern Abend in den geräumigen Lokaltäten des „Englischen Hofes“ eine überaus zahlreiche und glänzende Versammlung vereinigt. Mit Ausnahme des durch ein leichtes Unwohlsein an der Theilnahme verhinderten kommandirenden Generals v. Franseck waren sämtliche höchste Zivil- und Militärpersonen der Stadt bei dem Feste vereinigt. Der große Saal des Hotels war mit reichem Schmuck von grünen Gewinden, Waffen und Flaggen theils in den Reichs-, theils in den Farben der Bundesstaaten ausgeschmückt. Trotz des außerordentlichen Gedränges im Saale fanden im Verlaufe des Abends doch auch die Tanzlustigen bei der trefflichen Musik des württembergischen Infanterieregiments ihre Rechnung. Die übliche Polonaise hatte der Hr. Oberpräsident mit der Gattin eines der anwesenden Generale eröffnet.

† **Stuttgart, 18. Jan.** Die Abgeordnetenkammer beendigte heute die Berathung des Einführungs-Gesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungs-Vertrag; dieselbe genehmigte ferner die Gesetzesvorlage betreffend die Todeserklärung der seit dem letzten Kriege vermissten Militärpersonen.

† **München, 18. Jan.** Durch Erkenntniß des Appellationsgerichts sind wegen Preßergehen — Beleidigung des Staatsanwalts — vor das Schwurgericht verwiesen: Pfarrer Mahr in Ebermannstadt, Landtags-Abgeordneter, der flüchtige Redakteur des eingegangenen „Volksboten“, Karl Zander, und der Redakteur des gleichfalls eingegangenen Münchener „Tagblattes“, Dr. Faisl, welches Eigenthum der Dachauer Bankinhaberin Adele Spitzeder war.

† **Darmstadt, 18. Jan.** Aus Wien, 8. d., war der „Köln. Ztg.“ gemeldet worden:

Durch die Enthaltungen, zu welchen der Herzog von Gramont den Anstoß gegeben hat, ist in weiteren Kreisen auch bekannt geworden, daß der damalige französische Vizekonsul, Baron de Bourgoing, der sich im Juli 1870 von hier nach Paris begeben hatte, dort vom Herzog von Gramont erfahren hat, daß derselbe die beruhigendsten Zusagen aus Darmstadt von Hr. v. Dalwigk erhalten habe.

Darauf erwiderte Hr. v. Dalwigk in dem genannten Blatt:

Ich muß sehr bestimmt in Abrede stellen, jemals der französischen Regierung eine der in fraglichem Artikel angeführten Zusagen, zumal eine solche „beruhigender“ Art gemacht zu haben. Es scheint mir auch in der That, daß der Minister eines Landes von dem Umfange des Großherzogthums Hessen schon materiell außer Stande ist, einem Staate wie Frankreich Zusagen zu machen, die für solchen „beruhigendsten“ sein könnten. Ich brauche nicht anzuführen, daß, wenn solche Zusagen vorgelesen hätten, ich nicht das 1870 den deutschen Südstaaten gestellte Ansehen Frankreichs, im bevorstehenden Kriege neutral zu bleiben, sofort und bedingungslos, wie geschehen, hätte zurückweisen können. Ich habe den Krieg von 1870 seit langer Zeit als eine unvermeidliche Folge der Ereignisse von 1866 angesehen, und in dieser Voraussetzung schon drei Jahre vor dem Ausbruche desselben einer hohen Person in Paris mit dürren Worten gesagt: „Denken Sie nie daran, das linke Rheinufer zu räumen. In diesem Falle würden die Parteien in Deutschland verschwinden und die Nation würde sich wie ein Mann zur Verteidigung ihrer Grenze erheben.“ Es schien mir damals nicht, daß meine Worte einen angenehmen und „beruhigenden“ Eindruck hervorbrachten, und sie waren auch wahrlich nicht darauf berechnet. Ich glaube, daß man ein guter Deutscher sein kann, auch wenn man sich mit der Tagesmeinung nicht überall im

Einflange befindet. Gehalten Sie mir, dieser meiner Erklärung, um deren gütige unverfälschte Veröffentlichung ich bitte, noch etwas, damit nicht unmittelbar Zusammenhängendes, beizufügen. Vielleicht hat es für Ihre Leser einiges Interesse. Nach der Salzburger Entrevue des Jahres 1867 hatte ich Gelegenheit, den Grafen Beust zu sehen. Derselbe erzählte mir damals, daß er auf gewisse Vorschläge des Kaisers Napoleon 3 antwortet habe: „Der Kaiser, mein Herr, so lange er 8 Millionen deutscher Unterthanen besitzt, wird nie auf eine Kombination eingehen, deren Zweck sein würde, Deutschland eines Theiles seines Gebietes zu berauben.“ Mir gegenüber hatte Graf Beust keinen Grund, seine Worte anders als vollkommen genau wieder zu geben. Mit vollkommener Hochachtung verharrend u. Freiherr v. Dalwigk, Groß. Hessischer Minister a. D. Darmstadt, am 18. Januar 1873.

† **Darmstadt, 18. Jan. (Fr. J.)** Die neue Kreisordnung, ein sehr umfangreiches Werk, soll den Ständen noch im Laufe dieses Monats vorgelegt werden. — Der dritte Ausschuß der Zweiten Kammer ist heute zur Vornahme der Wahlprüfungen zusammengetreten und die Kammer selbst wird sich voraussichtlich in einer Anfangs der 1. Woche zu veranlassenden Plenarsitzung damit zu beschäftigen haben.

† **Luxemburg, 16. Jan. (Köln. Ztg.)** Das Gesetz, unsere neue Zettelbank betreffend, ist votirt; 19 Stimmen gegen 8 und 3 Enthaltungen waren in unserer Kammer für die „Luxemburger Nationalbank“. Ein anderes, sehr wichtiges Gesetz liegt unserer Kammer vor; wir meinen das Minengesetz, das auch für Deutschland nicht ohne Interesse ist, da die bedeutenderen Hüttenbesitzer der Saar und der Mosel sich mit der Hoffnung schmickeln dürften, Konzessionen bei uns zu erhalten, so wie hiesige Hüttenbesitzer solche bereits an unsern Grenzen im Elsaß-Lothringischen Seitens der deutschen Reichsregierung erhalten haben.

† **Eberfeld, 18. Jan.** Gestern hat, wie die „Eberf. Ztg.“ aus Biersen meldet, vortrefflich die Neuwahl eines Bürgermeisters in geheimer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums stattgefunden. Es wurden 16 Stimmen abgegeben, von welchen 15 auf den seitherigen Bürgermeister Baumann in Gemünd fielen, während der bisherige Bürgermeister Dr. Kirch (Mitglied der Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses) nur 1 Stimme erhielt. Acht der kirchlichen Partei angehörige Stadtverordnete hatten vor der Abstimmung das Sitzungstokal verlassen. In der Stadt wurde trotz der während der Wahl in den Straßen versammelten Menschenmenge die Ruhe nirgends gestört.

† **Dresden, 18. Jan.** Die Zweite Kammer hat bei der heute fortgesetzten Berathung des Volksschul-Gesetzes unter Ablehnung der entgegenstehenden Beschlüsse der Ersten Kammer die von ihr gefaßten Beschlüsse aufrecht erhalten. Nach Schluß der Berathung richtete der Abg. Professor Biedermann die Anfrage an die Regierung, ob sie das Gesetz trotz der einander gegenüberstehenden Beschlüsse und obgleich es an der erforderlichen Zweidrittel-Majorität fehle, zu publiziren gedenke. Auf die Entgegnung des Kultusministers, daß die Verfassung den hier einschlagenden Weg genau vorgezeichnet, erwiderte Prof. Biedermann, daß er es für konstitutionell korrekt halte, das Gesetz zurückzuziehen oder die Kammer aufzulösen, und kündigte für den ersten Fall die sofortige Einbringung eines Nothgesetzes an.

† **Berlin, 17. Jan.** Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Das Haus legte heute die Generaldebatte über den Gesetzentwurf betreffend die Vorbildung und Aufstellung der Geistlichen fort. Abg. Graf Bethusy-Huc erkannte an, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung involvire, aber er bestritt die Ansicht Reichensperger's, daß erst die Verfassung geändert werden müsse, ehe man das Gesetz beraten könne. Hr. Reichensperger nenne die Kirche eine wehrlose Frau und Hr. v. Mallinckrodt versichere, ihr sei der Krieg gewaltsam aufgedrängt worden; da erinnere er doch an das Wort, welches Hr. Windthorst einst dem Fürsten Bismarck entgegen geworfen habe: „Ihr wollt den Krieg, nun wohl, so sollt Ihr ihn haben!“ Dunder's Vergleich zwischen den Knabenseminarien und Kadettenhäusern binde; die letzteren schmiegen sich möglichst an die allgemeinen Grundzüge der Pädagogik an und erzogen für einen staatlichen Beruf; beides treffe auf die ersteren nicht zu. Auch seien die Kadetten nicht gezwungen, in unreifem Lebensalter ein für's ganze Leben bindendes Gelübde abzulegen. Die kirchlichen Zustände, wie sie in vielen Landestheilen herrschten, dürften absolut nicht so weiter bestehen. In Obersachsen sei ein Priester, der wegen Beleidigung des Landraths verurtheilt worden sei, in seiner neuen Gemeinde mit Glockengeläute und kirchlichen Ehren empfangen worden. Ein westphälischer Edelmann habe ihm gesagt: „Wir waren eher auf der roten Erde, als die Hohenzollern; mögen die Zugvögel auswandern.“ (Anruf im Centrum; Rufe: Namen!) Er nenne den Namen nicht; möge man, wenn man wolle, seine Wahrhaftigkeit angeweifeln (Rufe im Centrum: Ja wohl!). Schließlich bittet er um Genehmigung des Gesetzes, das dem Staate nur gebe, was ihm gebühre.

Abg. Stroffer erklärt zunächst, daß er nicht im Namen seiner Partei, sondern nur in seinem eigenen spreche. Er bekämpfe in ausführlichster Weise die Redner, welche für das Gesetz gesprochen haben

und tritt für die ganze und volle Unabhängigkeit der Kirche innerhalb ihrer Kompetenzen ein. Der Kultusminister habe die schöne Perspektive eröffnet, aus diesen Gesetzen werde der allgemeine Frieden erblickt; er beneide ihn um diese liebliche Phantasie, nach seiner Meinung komme Krieg und Streit.

Der Kultusminister hält es für unmöglich, durch seine Gründe die Gegner der Vorlage zu überzeugen; dazu seien die Gegenseite zu tief gewurzelt und zu sehr mit der gesammten Weltanschauung der Einzelnen verwachsen. Er will nur einzelne Behauptungen widerlegen, die schon oft widerlegt, dennoch immer wieder aufstauen. Hr. Reichensperger habe gesagt, die Gesetze seien mit französischem Revolutionsgeist getränkt; sie schwächten die stitischen Kräfte des Klerus. Das sei ein gangbares Cliché; aber er frage: wenn ein Priester die höhere wissenschaftliche Bildung, welche das Gesetz vorschreibe, erhalten habe, sei er deshalb weniger verufen, forscherisch zu erwidern und zu trösten? Wenn er durch ein geordnetes Disziplinungsverfahren vor der Willkür seiner Oberen geschützt sei, werde er dadurch schwächer und unfähiger? (Sehr gut!) Man habe gestern darüber gestritten, ob die Kirche und der Staat gleichberechtigte Gewalten seien. Nach seiner Meinung ständen sie auf ethischem Gebiete gleich; auf dem Rechtsgebiete dagegen stehe der Staat über der Kirche, die für ihn nur eine Korporation wie andere sei. (Lebhafte Beifall links.) Die Frage der Anstellung und Bildung der Geistlichen sei freilich eine Angelegenheit der Kirche, aber nicht der Kirche allein, denn sie berühre die Interessen des Staates auf tiefste; und falls diese Berührung eine feindliche sei, müsse der Staat das Recht der Abwehr haben. Die Knabenseminare seien zwar von Rom aus begünstigt, aber auf deutschem Boden seien sie eine fremde Pflanze, die sich nie recht eingebürgert habe und nichts weniger als nationalem Boden entsprossen sei. Man habe gesagt, das Gesetz lege zu viel Macht in die Hände des jeweiligen Ministers. Er sei aber sehr gern bereit, sich alle möglichen weiteren Garantien gefallen zu lassen, unter der Voraussetzung, daß das Gesetz dadurch nicht lahm gelegt werde. Der Abg. Brühl habe gestern über die Anwendung des Schulaufsichtsgesetzes in Hannover gesprochen. Es sei aber nicht mehr als drei Geistlichen daselbst die Schulaufsicht genommen worden; die Uebri- gen hätten freiwillig auf sie verzichtet und zwingen könne die Regierung Niemand, Schulaufsicht zu sein.

Abg. Pirchow erklärt im Namen der Mehrzahl seiner Freunde von der Fortschrittspartei, daß sie trotz politischer und konstitutioneller Bedenken für die Vorlage stimmen würden. Redner geht auf eine historische Begründung des Gegensatzes zwischen dem deutschen Geist und dem auf italienischem Boden erwachsenen Ultramontanismus ein, in dessen Dienst jetzt Frankreich gezogen werden sollte; sollte Frankreich ohne die Kirche nicht leben können, so wäre damit sein Todesurteil gesprochen. Der Staat müsse auf Sittlichkeit basieren; die Haltung der deutschen Bischöfe nach dem Vatikanum sei aber keine stitische gewesen; er sage: diese Männer sind Heuchler. Er habe nun zwar keine Sympathie für die Staatsregierung der Geistlichkeit; zu der gegenwärtigen in den Knabenseminaren verhalte sie sich indessen wie der Morgen zur Nacht. Er sehe in der Vorlage eine große Besserung, einen ersten Schritt, sich aus den Fallstricken der Kirche herauszuziehen, und als Verweltlichung des Staates betrüge und unterstütze er sie. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Windthorst (Neyen) versucht in kurzer Weise die Regierung und die zu ihr stehenden Parteien ins Lächerliche zu ziehen und kam dabei auch auf die „Ministerkrise“ und vieles Andere zu sprechen, schließlich auch mit einigen Worten auf die Vorlage selber, die er als eine brutale Gewaltthat bezeichnete, die nichts als Unzufriedenheit im Lande hervorzurufen werde.

Der Ministerpräsident Graf Koon erklärt, daß die Regierung schon vor dem Wechsel im Ministerpräsidium entschlossen gewesen sei, Abwehrmaßregeln gegen Rom zu treffen, nachdem der Sirocco von Rom uns unsere deutschen Bischöfe als römische zurückführte. In dieser Beziehung habe längst unter den Ministern volle Einmütigkeit geherrscht. Der Ministerpräsident erklärte schließlich alle Beruffentlichungen über die Vorgänge bei der Ministerkrise, auch die in der „Bl. Stg.“, als schief und mißverständlich; er hoffe, daß nunmehr diese Beruffentlichungen ein Ende haben würden.

Am 12. Uhr wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage einstimmig an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Jan. Die „Wien. Abendpost“ veröffentlicht den authentischen Text des Schreibens, welches Graf Andrassy an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris, Grafen Apponyi, am 5. d. M. gerichtet hat. Aus dem Texte ergibt sich, daß, wie auch das offizielle Blatt hervorhebt, die von der „Times“ zuvor gegebene Version „in Manchem ungenau“ ist. Ein tief einschneidender Unterschied ist indessen nicht vorhanden. Die Verurteilung des Mißbrauchs amtlicher Altsstücke ist ein wenig schärfer als in der ersten Mitteilung. Das Gespräch zwischen Andrassy und Gramont über die Wahrscheinlichkeit einer Kooperation Oesterreich-Ungarns im Fall eines Krieges gegen Preußen hat stattgefunden „lange bevor von der hohenzollernschen Kandidatur die Rede war.“ Und der Schlusssatz lautet in richtiger Fassung:

„Ich ermächtige Sie, lieber Graf, diesen meinen Brief dem Herrn Präsidenten der Republik vorzulegen und ihm, falls er es wünschen sollte, sowohl hievon als von den Anträgen eine Abschrift zu lassen. Ich füge noch hinzu, daß, falls Hr. Thiers es für nötig erachten sollte, hierüber an mein Zeugnis zu appellieren, ich kein Hindernis darin erblicke, wenn er was immer für einen ihm angemessenen erscheinenden Gebrauch von diesem Schreiben machen würde.“ Genehmigen Sie, lieber Graf, etc.

Franreich.

Paris, 18. Jan. Der Dreißiger-Ausschuß hielt gestern eine neue Sitzung und schritt in derselben zur Diskussion des vorläufigen Entwurfs der Unterkommission I. Gleich zu die einleitende Phrase: „Die Nationalversammlung, die ihr zustehende konstituierende Gewalt in ihrem ganzen Umfang sich vorbehaltend, aber von dem Wunsche geleitet, Verbesserungen hinsichtlich der Befugnisse der öffentlichen Gewalten einzuführen...“ knüpfte sich eine längere und ziemlich hitzige Debatte.

Hr. Bertauld beantragt, man solle diese Einladung die nach vollzogener Durchberatung der einzelnen Artikel offen halten, da diese ja erst den Geist der ganzen Vorlage bestimmen werden. Herzog De-

cazes meinte im Gegentheil, die Einleitung solle einen allgemeinen Satz auf, welcher vor den einzelnen Artikeln entschieden werden müsse. Hr. v. La Basselière empfahl, zuerst alle Punkte zu erledigen, gegen welche die Regierung keine Einwendung erhoben hat; dahin gehörten aber auch die Einleitungsworte. Die H. Mar Richard, Arago und Albert Grévy theilten den Standpunkt des Hrn. Bertauld. Hr. Sivart erklärt, die Unterkommission habe es für notwendig gehalten, vorauszuschicken, daß der Ausschuss sich nicht für berufen halte, die konstitutionelle Frage in dem einen oder dem andern Sinn zu entscheiden. Hr. Marcel Barthe: Es heißt aber, den Wünschen und Bedürfnissen des Landes offenbar zuwiderlaufen, wenn man an die Spitze eines Verfassungsgesetzes einen Satz stelle, nach welchem die gegenwärtige Regierungsform jeden Tag in Frage gestellt und allenfalls, wenn die Umstände es bedingten, durch eine Monarchie ersetzt werden könnte. Hr. Albert Grévy: Dieser Satz steht in offenem Widerspruch zu der Botschaft des Präsidenten der Republik, welche die Frage der Staatsform in der That schon für entschieden erklärt hat. Der Herzog von Audiffret-Pasquier befreit nicht, daß man gegen die Botschaft habe protestieren wollen. Die ganze Ernennung der Kommission Kerdel habe nichts Anderes bedeutet als einen Protest gegen die Idee, daß der Präsident der Republik für sich allein und ohne Mitwirkung der Nationalversammlung die Frage der Regierungsform entscheiden könne. Darauf habe Hr. Thiers ausdrücklich in der Kommission erklärt, daß dies nicht seine Absicht gewesen sei, und Hr. Dufaure habe dieselbe Sprache geführt. Glauben Sie mir, fährt der Herzog zu den Vertretern der Kirchen gewendet fort, daß wir auf unsrer Hut sind und uns nicht überrumpeln lassen werden. Wir sind entschlossen, aus Patriotismus die gegenwärtige Regierungsform zu stützen, insofern sie der Ausbruch des Waffenstillstandes der Parteien ist, aber man wird uns mit aller Feinheit der Wendungen oder des Tisls nicht einen Text ablocken, in welchem etwas gesagt ist, was wir nicht sagen wollen. Hr. Arago verliest die einschlägigen Stellen der Botschaft: „Die Republik besteht, sie ist die geistliche Regierung des Landes; etwas Anderes wollen wir eine neue Revolution und die jurchbarste von allen herbeiführen“ u. s. w. In der Kommission Kerdel habe man allerdings die Botschaft entkräften wollen, aber der Babilische Bericht sei in der Kammer in der Minorität geblieben und diese hätte, indem sie die von Hrn. Dufaure vorgelegene Formel annahm, im Gegentheil ihren Willen zu erkennen gegeben, die Republik mit den ihr notwendigen konstitutionellen Organen auszustatten. Nun wolle man dieses Wort der Kammer antauchen und ein solches Verhältnis herstellen, welches gelegentlich zur Restauration der Monarchie führen könnte. Hr. v. Audiffret-Pasquier: Diese Auffassung ist eine ganz irrige. Der Präsident der Republik ist in der Kommission Kerdel ausdrücklich eingehend, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, die Frage der Regierungsform zu entscheiden, womit wir dann in der Kammer in einer Minorität von 36 Stimmen geblieben sind; das war lediglich unser Antrag, die Ministerverantwortlichkeit von den übrigen Fragen getrennt zu regeln. Darauf wird nach einigen persönlichen Bemerkungen die Einleitungsphrase mit 20 gegen 3 Stimmen angenommen; fünf Mitglieder des Ausschusses enthielten sich der Abstimmung. Weiter wurde der erste Absatz des Art. 1 in folgender Fassung mit 25 Stimmen angenommen: „Der Art. 1 des Gesetzes vom 31. August 1871 wird, wie folgt, verändert: der Präsident der Republik verleiht mit der Nationalversammlung durch Botschaften, welche ein Minister von der Tribüne herab verliest.“

Der zweite Paragraph dieses Artikels lautet dann: „Doch soll er von der Nationalversammlung gehört werden, so oft er es für nötig erachtet und sobald er diesen seinen Wunsch mittelst Botschaft angezeigt hat.“ Dazu stellt der Herzog Decazes den einschränkenden Antrag, daß der Präsident der Republik unter den angegebenen Bedingungen nur „in der Diskussion der Gesetze“ gehört werden dürfe. Ueber diese Frage ist man in der Sitzung noch nicht schlüssig geworden. Die nächste wird auf künftigen Montag anberaumt.

Das „Journal de Paris“, bekanntlich das einzige glaubwürdige Organ der Prinzen von Orleans, veröffentlicht folgende Note:

In einem der Bureaus der Nationalversammlung entgegnete gestern auf die Bemerkung des Generals Guilleman, daß wir drei Monarchien hätten, der Herzog v. Larochefoucauld-Bisaccia, wir hätten deren nur eine, und berief sich zum Beleg für diese Erklärung auf eine Unterredung, welche er so eben mit dem Grafen von Paris gehabt hätte. Es ist uns in der That bekannt, daß der Herzog v. Larochefoucauld-Bisaccia vor wenigen Tagen dem Grafen v. Paris einen Besuch gemacht hat. Wir haben nicht den Worten selbst nachzuforschen, welche in dieser Begegnung ausgetauscht worden sein mögen; wir können jedoch ohne Furcht, und einem Demotii auszusprechen, erklären, daß die Sprache des Prinzen bei dieser Gelegenheit nicht von jener Art war, welche er stets bei ähnlichen Anlässen geführt hat. Die Prinzen v. Orleans machen keine dynastische Mitbewerbung geltend; es gibt unter ihnen durchaus keinen Kronprinzen. Wenn einst die Monarchie wieder hergestellt werden sollte, so könnte dies nur durch den freien Willen der Nation und auf der basischen Grundlage der bürgerlichen Gleichheit, der politischen und kirchlichen Freiheit und der verfassungsmäßigen Garantien geschehen. In diesen Grenzen wäre der älteste von den Prinzen des Hauses Frankreich der natürliche Vertreter der monarchischen Idee; auf alle Fälle würde er in seiner Familie keinen Rivalen finden. Diese Gesinnungen sind nicht nur diejenigen des Grafen von Paris, sondern auch des Herzogs v. Aumale und aller Prinzen von Orleans.

Wer die verwendete Sprache der orleanistischen Publizisten versteht, erkennt aus dieser Note, daß neuerdings kein Schritt der Annäherung seitens des Grafen von Paris gegen Frohsdorf geschehen ist oder beabsichtigt wird. Die Neuherung des Prinzen gegen den Herzog v. Larochefoucauld scheint demnach eine ganz „akademische“ gewesen zu sein und nicht das Aufsehen zu verdienen, welches sie gestern in parlamentarischen Kreisen und auch anderwärts gemacht hat.

Paris, 18. Jan. An den bekannten Brief des Herzogs v. Gramont an Beust knüpft die „Presse“ folgende, vielleicht ebenfalls von Gramont inspirierte Bemerkung:

In der durch die Briefe der H. v. Beust und Gramont angeregten Polemik ist ein wichtiger Punkt hervorzuheben. Hr. v. Gramont spricht immer von nach der Kriegserklärung übernommenen Verpflichtungen und Hr. v. Beust antwortet mit Anführung der

vor der Kriegserklärung gemachten Vorbehalte. Die Verpflichtungen und Verpflichtungen sind vom 20. die Vorbehalte vom 11. Juli. Die Verpflichtungen vom 20. annullieren die Vorbehalte vom 11. Uebrigens war der Hergang folgender:

Sobald Hr. v. Bismarck nach Wien zurückgekommen war, nachdem er den Kaiser und den Herzog v. Gramont besucht hatte, fand in Wien eine Beratung statt, in welcher zwei Ansichten, einerseits die Enthaltung, andererseits die Klüftung, lebhaft diskutiert wurden. Man entschied sich für die Klüftung, und am Ausgange dieser Konferenz wurde die Depesche vom 20., welche die von Gramont ausgeführten Zusicherungen enthielt, abgeschickt. Dies Alles wurde dem Herzog durch den österreichischen Botschafter schriftlich mitgeteilt. In der That glaubte man in Wien wie in ganz Europa an den Sieg der französischen Waffen, und war der Krieg einmal erklärt, so wollte Hr. v. Beust auf Seite des Siegers sein. Daraus ergibt sich auch, warum er von diesem Tage an gleichsam nach Gelegenheit sucht, um sich zu kompromittieren, indem er selbst mehr schreibt, als seine Sache notwendig machte. Es sind also drei Phasen in dem Verhalten Beust's genau zu unterscheiden: 1) Anstrengungen, um den Krieg, der ihn überrascht, zu verhindern; 2) der unmäßige Wunsch, sich einen Antheil an den Vorteilen des Sieges, den er für sich hielt, zu sichern, und daher Versprechen und Verpflichtungen 3) die gegenwärtige Phase, Abklärung der Versprechen und Verpflichtungen, oder wenigstens Versuch, sie zu dekonstruieren, indem er ihnen die Friedensbemühungen der ersten Phase entgegenstellt. Allein die Versprechen und Verpflichtungen liegen vor, geschrieben mit nicht erloschener Tinte, erörtert und vermehrt durch authentische Korrespondenzen. Alle Behauptungen Gramont's beruhen auf Thatfachen; sie werden nicht widerlegt und können durch eine noch so sinnreiche Vermengung der Daten nicht abgeschwächt werden.

Verfaillés, 18. Jan. (Rdn. 3.) In den ganz intimen Kreisen der Klerikalen erzählt man sich, daß Hr. v. Corcelles an Mgr. Dupanloup einen Brief geschrieben habe, der sehr entnervt lautete. Nicht in dem Sinne, daß er den ihm von der Regierung des Hrn. Thiers gegebenen Zusagen mißtraue, aber in dem Sinne, daß er über die Vorgänge im Vatican höchst betrübt sei. Der Gesandte hätte konstatiert, daß die vorwiegenden Sorgen nicht nur des Kardinals Antonelli und der Kurie, sondern auch des Papstes selbst durchaus politischer Natur seien, daß es sich vor Allem um die Herbeiführung der weltlichen Gewalt handle, daß die religiösen Interessen ganz in die zweite Linie, wenn nicht noch weiter zurückgebrängt seien, daß man nur die als Fremde betrachte, welche im Sinne des Syllabus reden, daß man nicht mehr versuchen dürfe, die Worte Katholizismus und liberal zu verbinden, sondern daß man sich darauf beschränken müsse, äußerlich die Doktrinen des „Univers“ zu bekennen, wenn man auch dessen ausschweifende und große Redeweise tabeln möge. Mgr. Dupanloup, den solche Mitteilung doch nicht wundern sollte, soll darüber sehr traurig sein. Er wird übrigens lebhaft ermutigt, den Kampf gegen den obligatorischen kostenfreien Laienunterricht mit allen Mitteln fortzusetzen. Es scheint, daß die Säkularisation des Unterrichts von dem Papste und der Geistlichkeit als eben so verderblich betrachtet wird, wie die Säkularisation der Verwaltung in den ehemaligen päpstlichen Staaten. Pius IX. scheint ganz so zu denken, wie während Papst Gregorius der Heilige, welcher dem Erzbischofe von Vienne einen tüchtigen Beweis gab, weil er erlaubt hatte, daß in seiner Diözese die lateinische Grammatik gelehrt werde, da man nicht mit demselben Munde die Namen Jupiter und Christus aussprechen dürfe. Hier ist allen Klöstern und auch an Notre Dame des Victoires die Weisung gegeben, die Gläubigen dahin zu bedeuten, daß der plötzliche Tod Napoleon's III. der erste Erfolg der Gebete sei, welche Frankreich an Notre Dame de Lourdes gerichtet hat, da das Abscheiden des Ex-Kaisers die Rückkehr und Wiedereinsetzung des Königs Henri V. so schnell befördere. — Wie verlautet, bereiten die Arbeiter von Paris einen großartigen Protest gegen den Brief vor, den der ehemalige Communist und jetzige Bonapartist Jules Amigues die fünfzig französischen Arbeiter, die er nach Chislehurst führte, an die Ex-Kaiserin schreiben ließ.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 20. Jan. Wie wir hören, wird die Rede, welche Hr. Professor Dr. David Müller bei der am 18. Jan. stattgehabten feierlichen Enthüllung der Erinnerungstafel der im Kriege 1870 und 1871 gefallenen Polytechniker gehalten hat, in Folge des ausgesprochenen Wunsches Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, so wie vieler der Ehre in diesen Tagen in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung im Druck erscheinen, und ist von Verfasser der Antrag für die Druck-Überschwemmung bestimmt worden.

* Karlsruhe, 20. Jan. Einem hier umlaufenden Gerüchte zufolge soll in Eppingen in letzter Nacht ein bedeutendes Brandungsglück stattgefunden haben; man spricht von der Vernichtung von sechs Wohnhäusern und einer beträchtlichen Anzahl Scheuern.

* Pforzheim, 18. Jan. Vor wenigen Tagen kaufte ein Fremder, ein angeblicher Spanier, bei einem hiesigen Goldwaarenfabrikanten goldene Uhrenketten im Betrage von etwa 1500 fl. ein und bezahlte die Summe in russischen Werthpapieren. Als der betr. Fabrikant diese Papiere alsbald bei einem Bankier veräußern wollte, erwies sich dieselben als werthlos. So gleich veranfaßte Nachforschungen hatten keine Folgen, da der laubere Vogel bereits das Weite gesucht hatte. — Zur Errichtung eines Kriegerdenkmals in unserer Stadt sind bereits 3000 fl. verfügbar, wovon die während des Krieges bestandene Familien-Unterstützungskasse 2000 fl. und die Stadtkasse 1000 fl. beigetragen hat. Es ist nicht zu zweifeln, daß durch Beiträge hiesiger Einwohner eine Summe zusammengebracht wird, welche hinreicht, um ein würdiges Erinnerungssymbol an die denkwürdigen Jahre 1870/71 schaffen zu können.

* Heidelberg, 18. Jan. (Heid. 2.) Es sind heute bereits in dem Weinbergen längs dem Neckar mehrere stehende Mandelbäume sichtbar. — Amerika hat Deutschland besetzt im Fichten und im Biertrinken. Der beste Fichter auf der hiesigen Universität ist ein Amerikaner von Kansas, und der größte Biertrinker ein Amerikaner von Kentucky.

Manheim, 20. Jan. Ihre geistige Mittheilung über die Ausichten der hiesigen Lagerhaus-Angelegenheit enthält den erfreulichen Beweis, daß diese wichtige Angelegenheit in den maßgebenden Kreisen besser gewürdigt wird, als dies in der Vorstellung des Gemeinderaths der Fall war. Daß es letzterem weniger um den Eintritt des Staates, als um den Ausschluß der Lagerhaus-Gesellschaft zu thun ist, erhellt aus einem mit umständlicher Hitze geschriebenen Artikel der „Frankf. Zeitung“, in welchem im Hinblick auf den allseitigen Widerspruch gegen die gemeinderäthliche Vorstellung erklärt wird, wenn der Staat nicht eintrete, so werde der Gemeinderath das Lagerhaus-Geschäft in die Hand nehmen. Dies ist mit solchem offiziellem Aplomb ausgesprochen, daß wir nicht schmeicheln glauben, wenn wir den betreffenden Korrespondenten unter den Vätern der Stadt suchen. Der Artikel übersteigt aber augenscheinlich, daß der Gemeinderath allein zu solcher Unternehmung nicht legitimirt wäre und daß die weiter in Betracht kommenden Organe des Gemeinbewillens mit Recht entgegenhalten werden, die Stadtgemeinde Manheim habe selbst auf die Gefahr hin, daß einige ihrer Bürger 2 Procent Superdividende aus den Lagerhäusern ziehen, wichtigeren Aufträgen, als die Errichtung von Lagerhäusern. Letztere kann unbedenklich in Privat Hände gegeben werden, wie dies anderwärts mit Erfolg geschehen ist.

Baden, 19. Jan. Es will eben mit dem besten Willen nicht mehr gefahren und ist dadurch dem Sport auf dem Eise für diesen Winter die Möglichkeit seines Wirkens benommen — zum großen Bedauern der fremden Herren und Damen, die gerade dieses Vergnügen auf der Eisbahn vor Allem bevorzugen. Dagegen konnten aus der nämlichen Ursache unsere Bauarbeiten den ganzen Winter rüthig fortarbeiten. Die Villa Borchard steht ganz, das neue Dampfbad theilweise unter Dach, das Reimer'sche Haus, die Wohnung des Kaisers und der Kaiserin, erblickt einen 4. und 5. Mannarbeitsstod, und auf dem bisherigen städtischen Holzplatze erhebt sich ein neues Stadtviertel, großentheils Eigentum des Beckmeisters Balzer. — Gestern fand in der hiesigen Turnhalle, einem zu derartigen Veranstaltungen sehr geeigneten Locale, das in sinniger glänzender Weise ausgeschmückt war, eine Velfort-Feier statt. Wahrscheinlich, weil die Veranstaltung derselben einzig von der hiesigen Loge ausgegangen war, war auch die Theilnahme an derselben von Seiten der gebildeten Kreise leider nur eine kleine. Im Uebrigen war die Veranstaltung sehr zahlreich. Das Kurkomitee hatte das Kurorchestr für diesen Abend zur Verfügung gestellt und die hiesigen Männergesangsvereine sangen mehrere Gesammt- und Einzelsätze. In dem sehr stattlichen Saale hatte der Gesang große Wirkung, nur wäre bei einzelnen Stücken, z. B. dem „Sängertrub“ von Strauß, eine feinere Pianocirung und bei dem „Deutschen Lied“ von Kallwoda ein gemäßigteres Tempo zu wünschen gewesen. In den einzelnen Reden drang überall das Thema des Tages, „Kampf gegen Rom“, durch. Es sprachen die Professoren Fröhle, Büchsele und ein Bruder des Berliner Laßker. Letzterer ist besonders geistreich, die Verhältnisse mit weitem Blicke umfassender Weise. Das Fest erhielt die Theilnehmer bis zum Morgen in heiterer Stimmung. — Von Privatgesellschaften ist die jetzt noch nicht viel wahrzunehmen, doch haben die in diesem Winter zum erstenmale stattfindenden Reunions im Blumenhause des Konversationshauses, bei welchen die Damen in Soirée-Vollette erscheinen, vielen Anklang, insbesondere auch bei den Offizieren der kaiserlichen Garnison gefunden. — Vor einigen Tagen wurde in der Gasse des Bereiter's Subter dessen Reitschule, Stallungen u. s. für den Anschlagpreis von 28,000 fl. von einer Gesellschaft badener Bürger (45 an der Zahl) gestiftet, welche aus Anregung des Bürgermeisters Gaus zusammengetreten sind, um dieses Institut im Interesse der Stadt Baden fortzuführen.

Freiburg, 17. Jan. (Freib. Ztg.) Zur Erinnerung an die Waffenthaten des 14. Armee-Korps bei Velfort sind heute viele Häuser besetzt. Gestern Abend und heute morgen wurde die Feier der denkwürdigen Tage durch Festgelaute und Böllerschüsse angezeigt.

Vermischte Nachrichten.

Straßburg, 18. Jan. (Strsb. Z.) Seit ein paar Tagen durchschwärmen schauerliche Gerüchte die Luft von Selbstmord-Versuchen und Vergiftungen inmitten einer Familie, welche aus Mann, Frau und 4 Kindern besteht. Dieselben sind seit heute zur gräßlichen Wahrheit geworden. Der Eisenbahn-Bediente M. . . , in der Steinstraße wohnhaft, lebte in häuslichem Unfrieden mit seiner Frau, welche aus Altpreußen gebürtig ist. Die Frau drohte schon wiederholt, sich und ihren vier Kindern das Leben nehmen zu wollen. Am verflochtenen Mittwoch war die Frau mit den vier Kindern verschwunden, und auf einem zu Hause zurückgelassenen Bettel bedauerlichste sie ihren Mann, daß er sie und die Kinder im Wasser suchen möge. Damals hat jedoch Frau M. . . ihren Voratz nicht ausgeführt. Sie ging mit ihren vier Kindern in das Gasthaus zur Stadt Mühlhau auf dem Kleberplatz und schrieb von dort aus einen Brief an den Bureauvorsteher des M. . . , worin sie sich über dessen schlechte Behandlung beschwerte. Tags darauf zog sie mit ihren vier Kindern in den Schwarzen Bären in der Außer-Römerstraße. Von dort schrieb sie einen Brief an ihren Mann, und es kam anscheinend eine Versöhnung zu Stande, indem sie nebst den vier Kindern in die Behausung des Mannes zurückkehrte. Heute hat das eingeleitete Drama seinen erschütternden Abschluß gefunden, indem es sich herausstellte, daß Frau M. . . die Jhrigen und vielleicht auch sich selbst vergiftet hat. Sie entfernte sich nämlich gestern Abend um 10 Uhr aus ihrer Wohnung, und bis jetzt ist ihr Aufenthalt unbekannt. Todt sind die Älteste Tochter von 16 Jahren und ein Knabe von 6 Jahren. Am Sterben liegt ein zweiter Knabe im Alter von 9 Jahren, Schüler des hiesigen Gymnasiums. Das jüngste Kind von 2 Jahren ist anscheinend verschont geblieben.

Nachricht. Auch das dritte Kind ist inzwischen gestorben. Straßburg, 19. Jan. Das entsetzliche Familiendrama, welches sich durch die Bahnhofs-Verheerung der Eisenbahn-Sekretärin-Gattin M. . . abspielte, hat nun durch den Tod des vierten (zweijährigen) Kindes, wie die übrigen durch die eigene Mutter vergiftet, insofern einen Abschluß erfahren, als man annimmt, die „Mutter“ selbst habe ihren Tod in den Wellen gefunden. Ueber letzteres fehlen zur Stunde noch sichere Angaben. Die Frau ist, nothdürftig gekleidet, Freitag Abend aus ihrer Wohnung (Steinstraße) verschwunden. Samstag Morgens, als der Vater der Kinder erwachte, fand er zwei derselben, eine 15jährige Tochter und einen 5jährigen Knaben todt neben sich liegen, den 11jährigen Knaben mit dem Tode ringend, dem im Tode, wie oben bemerkt, jetzt auch das vierte, zwei Jahre alte Kind gefolgt ist. Die Zwischigkeiten im Maaß'schen Hause scheinen von länger her zu flammen; zuletzt soll durch Eingehen eines anderweitigen Straßburen

Verhältnisses und Vergewaltigung seines schönen Gehaltes außerhalb des Hauses Maaß die krankhaft überreizte Frau zur Verzweiflung getrieben haben. Das Aussehen, das dieser Fall hier macht, können Sie sich denken.

Rappoltsweiler, 15. Jan. (Rapp. W.-Bl.) Zu Ende des vorigen und zu Anfang des gegenwärtigen Monats hat eine wiederholte Sitzung der im Kreise Rappoltsweiler abgegebenen Optionen stattgefunden und hat dieselbe abermals 250 Ungültigkeitserklärungen zur Folge gehabt. Unter Hinzurechnung der früher bereits ausgesprochenen 3885 Ungültigkeitserklärungen bleiben sonach von den 4950 Optionen des Kreises nur noch 809 übrig, welche vor der Hand, wenn auch nicht alle als gültig, so doch wenigstens als nicht ungültig angesehen werden. Noch viele von diesen aber werden voraussichtlich das Schicksal der Annulirten demnächst zu theilen haben.

Reß, 17. Jan. (Röln. Ztg.) Raum war die Nachricht von dem schweren Schicksal, der unsere Officere-Küste betroffen hatte, in das Bereich der Dekkulationsarmee gebrungen, als die Generalin v. Mantensel sich an die Spitze eines von ihr gebildeten Hülfekomites stellte, welches einen Aufruf an die Frauen der deutschen Armee in Frankreich erließ, den außer ihr noch unterzeichnet hatten die Generalin Anna v. Redern, die Gemahlin des Generalstabchefs der Dekkulationsarmee, Ida v. d. Burg, die Geheimrätin Franziska Engelhardt, Gemahlin des Armees-Intendanten, der die Konvention von Ferrières mitunterzeichnet hat, und die Generalinnen Louise v. Sameling, Auguste v. Schwerin und Bertha v. d. Lamm. Das Ergebnis der Sammlung belief sich auf 5750 Thlr., welche Frau v. Mantensel ihrer Maj. der Kaiserin-Königin zu weiterer Verfügung übersandte. Die Kaiserin hat unterm 17. v. M. in gnädigster Weise gebankt.

Wiesbaden, 18. Jan. Friedrich Heder, der als Oberst im amerikanischen Kriege ein deutsches Regiment unter General Fremont befehligte, wird nach dem „N. N.“ für den Sommer hier erwartet, um in unseren Thermen seine in der Schlacht bei Chancellorsville empfangene Wunde auszuheilen.

Kassel, 16. Jan. (Kf. Z.) Vor kurzem zirkulirte darüber eine von Insalibillisten redigirte Adresse an das bischöfliche Generalkonvikat zu Fulda, in welcher gebeten wurde, bei Befragung der hiesigen katholischen Pfarrstelle auf einen Kandidaten Rücksicht zu nehmen, dessen (insalibillische) Bestimmung außer allem Zweifel steht. Die große Mehrzahl der hiesigen Katholiken, denen das Nachwort präsenirt wurde, hat die Unterzeichnung einfach verweigert, weshalb man dem Vernehmen nach von der Abendung Abstand genommen hat.

Wien, 18. Jan. Die Generalversammlung der Nationalbank, welche heute stattfand, genehmigte den Bericht der Bankdirektion über die Begehrung der Nationalbank im Jahre 1872, wonach außer der bereits vertheilten Dividende im Betrage von 28 fl. noch weitere 36 fl. 60 kr. Dividende per Aktie entfallen. Die Generalversammlung nahm ferner die Wahl von vier Direktoren vor und beschloß, den Bankauschuss gemeinschaftlich mit der Bankdirektion zur Beratung der Frage zu ernennen, ob und unter welchen Bedingungen die Verlängerung des Bankprivilegiums anzufuchen sei. Schließlich votirte die Generalversammlung den Bankdirektoren ihren Dank für die entscheidende Wahrung der Interessen der Nationalbank bei den bisherigen Verhandlungen mit Ungarn.

Aus Chislehurst erzählt Hr. Paul de Cassagnac eine recht dramatische Scene, die angeblich an der ausgebrannten Leiche Napoleons III. stattgefunden haben soll. Noch dürfte Niemand der zahlreichen Besammelten in den Salons, worin die Leiche lag, eintreten, als sich plötzlich einer der Anwesenden einräumt, vor dem Leichnam auf die Knie sinkt, sie küßt und wie vernichtet zu Boden sinkt. In den Worten — führt Hr. Paul fort — die er mit herzerweichendem Ton gebrochen hervorbringt, kann man nur den Ruf unterscheiden: „Vergeltung, Sire, Vergeltung!“ Man eilt logisch herbei und trägt den Mann halb ohnmächtig vom Platze. Dieser Mann war ein alter Soldat, welchen die Kugel hundertmal verwundet hat, ein Marschall von Frankreich, der — Marschall Leboucault! — Wir sitzen nochmals bei, daß nicht wir, sondern Hr. Paul de Cassagnac die tragische Scene erzählt.

Nachricht.

Berlin, 20. Jan. Fürst Bismarck ist gestern Abend hierher zurückgekehrt.

Potsdam, 19. Jan. Heute Vormittag fand die feierliche Aufstellung von 86 französischen Fahnen und Standarten in der hiesigen Garnisonkirche statt, welcher Feiertlichkeit der Kaiser und die Kaiserin, die Prinzen, die sämtlichen Feldmarschälle, viele Generale, sowie Deputationen aller Regimenter anwohnten. Nach der Aufstellung der Trophäen sagte der Kaiser zu den im Lustgarten aufgestellten Deputationen: „Ich habe die Vertreter meiner ganzen Armee um mich versammelt, damit sie Zeugen sein möchten, wie die durch den Heldennuth aller ihrer Truppentheile eroberten Fahnen unseres Feindes an heiliger Stätte zu dauerndem Gedächtniß aufgestellt werden. Daß es gerade an dieser Stätte geschieht, beweist, daß wir Gott die Ehre geben, der uns auserwählt, so Großes vollbringen zu sollen. Allen hier Versammelten aber spreche ich wiederholt meinen tiefgefühlten königlichen Dank aus für den Heldennuth, die Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer ohne Gleichen, mit welcher meine Armee in Verbindung mit meinen Verbündeten Siege erkämpft hat, die von Erfolgen gekrönt wurden, welche für ewige Zeiten auf den Tafeln der Geschichte verzeichnet bleiben werden.“

Wien, 18. Jan. Dem Vernehmen nach ist an entscheidendster Stelle die Erwartung ausgesprochen worden, daß wenigstens von hier aus die öffentliche Polemik in Sachen der Gramont'schen Enthüllungen weder weiter fortgesetzt, noch ihr Nachzug zugeführt werde.

St. Petersburg, 19. Jan. Dem heute veröffentlichten Reichsbudget für das Jahr 1873 zufolge sind die Staatseinnahmen auf 517,349,834 Rubel, die Staatsausgaben auf 517,322,162 Rubel festgesetzt, so daß sich ein Einnahmehüberschuß von 27,672 Rubel ergibt.

London, 20. Jan. Die Morgenzeitungen empfehlen eine feste Haltung gegenüber der russischen Politik in

Afien; sie halten es für geboten, auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein. Die „Times“ schreibt, daß nach ihren Nachrichten Rußland die englischen Gegenerklärungen auf die von Schwaloff überbrachten Vorschläge ohne Unzufriedenheit aufnehmen würden. Sie ist übrigens der Ansicht, daß die ganze Frage eine sofortige Lösung erheische.

Neu-York, 19. Jan. Zwei Syndikate, welche hiesige und Londoner Bankhäuser vertreten, machten dem Schatzsekretär Boutwell Offerten betreffs der Begebung der neuen Anleihe von 300 Millionen; derselbe bezieht sich die Entscheidung bis Dienstag vor, an welchem Tage die Budgetausschüsse zusammentreten.

Karlsruhe, 19. Jan. (Groß. Hoftheater.) Nächsten Dienstag den 21. Januar feiert unsere Hofbühne die Erinnerung an Lessing's 144. Geburtstag (geb. den 22. Januar 1729) durch die Aufführung von: „Nathan der Weise“, welchem ein vom Prof. Dr. Adolph Calmbach in Zürich eigens für die Feier gedichtetes einaktiges Schauspiel: „Der Sohn des Pastors“ vorangehen wird. Wie verlautet, behandelt dasselbe eine recht interessante Episode aus Lessing's Jugendzeit, nämlich die Intrigue, welche in Leipzig gegen die erste Aufführung seiner dramatischen Jugendarbeit: „Der junge Gelehrte“ angestrengt wurde und zum Schreden des Urhebers der Intrigue zu einer Verherrlichung der dramatischen und der darstellenden Kunst führte. Wir wollen daher nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit der Literatur- und Kunstfreunde auf diesen Abend hinzuweisen.

Frankfurter Kurztettel vom 20. Januar.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig.	100
Preußen 4 1/2% Obligation.	103 1/2
Baden 5% Obligationen	104
4 1/2% „	99 1/2
4% „	92 1/2
3 1/2% „ v. 1842	87 1/2
Bayern 5% Obligationen	—
4 1/2% „	100
4% „	92 1/2
Württemberg 5% Obligation.	104
4 1/2% „	99 1/2
4% „	92 1/2
Raffan 4 1/2% Obligationen	100 1/2
4% „	94 1/2
Sachsen 5% Obligationen	105 1/2
Gr. Hessen 5% Obligation.	102 1/2
4% „	95 1/2
Österreich 5% Silberrente	—
Zins 4 1/2%	65 1/2

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank	115 1/2
Frankf. Bank à 500 fl. 3%	141 1/2
Bankverein à 100 fl.	100
149 1/2	5% dte. „
Deutsche Vereinsbank	134 1/2
Darmstädter Bank	468 1/2
Defferr. Nationalbank	1069 1/2
Defferr. Credit-Aktien	350 1/2
Rheinische Creditbank	124 1/2
Wälgler Bank	102 1/2
Stuttgarter Bank-Aktien	108
Defferr. deutsche Bank	121 1/2
4 1/2% bahr. Dth. à 200 fl.	130 1/2
4 1/2% bahr. Markbahn 500 fl.	142 1/2
4 1/2% bahr. Ludwigsbahn	175 1/2
3 1/2% Oberpf. Eim. 350 fl.	75 1/2
5% bahr. Str. Staatsb.	359 1/2
5% „ Sub. Eim. St. E. A.	201 1/2
5% „ Nordwestb. A. i. Pr.	230 1/2
5% „ Eim. St. E. A. 200 fl.	267 1/2
5% „ Eim. St. E. A. 200 fl.	183 1/2
5% „ Eim. St. E. A. 200 fl.	257 1/2
5% „ Eim. St. E. A. 200 fl.	233 1/2

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% Prämien-Anl.	115 1/2
Badische 4% „	110 1/2
35-fl.-Loose	69 1/2
Braunschw. 20-Jähr.-Loose	24 1/2
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	—
25-fl. „	56 1/2
Wiesbad. Gummensb. Loose	13 1/2

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 5%	1. E. 88 1/2
Berlin 60 Thlr. 4%	108
Bremen M. 300 3 1/2%	173 1/2
Hamburg 100 M. 3%	86 1/2
London 10 Pf. St. 5%	118 1/2
Paris 200 fr. 5%	129 1/2
Wien 100 fl. 3 1/2%	107 1/2

Berliner Börse. 20. Jan. Kredit 203 1/2, Staatsbahn 206 1/2, Lombarden 115 1/2, 2er Amerikaner 97 1/2, Rumänien —, 60er Loose —, Tendenz: —.

Wiener Börse. 20. Jan. Kredit 330.25, Staatsbahn 336, Lombarden 187.50, Papierrente —, Napoleond'or 8.65, Anglobankaktien —, Tendenz: hausse.

Berlin, 20. Jan. Preußenbank Diskontokurs 4 1/2, Lombarden-Zinsfuß 5 1/2.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage II. Seite.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater. Dienstag 21. Jan. 1. Quartal. 13. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Der Sohn des Pastors, Schauspiel in 1 Akt, von Kalenberg. Nathan der Weise, dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden. Mittwoch 22. Jan. Nathan der Weise, dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing. Anfang 1/7 Uhr.

E. 216. Heidelberg.
Freunden und Bekannten
widme ich die Trauernachricht,
dass mein lieber Vater,
Dr. phil. L. Süpfe,
früher Lehrer am Großherzoglichen
Gymnasium dahier, in Folge eines
schleunigen Todes am 18. d. Mts.
nachmittags 6 Uhr sanft entschlafen
ist.

Ich bitte um stille Theilnahme.
H. Süpfe,
Großherzoglicher Oberamtsrichter.

E. 226. Stuttgart.
Im Selbstverlag des Verfassers ist erschienen:
Die Kaninchenzucht
nach ihrem jetzigen rationellen Standpunkte
von
Martin Fries,
Oekonom und Verfasser von 18
landwirtschaftlichen Werken.

Inhalt: Praktische Anleitung zur rationellen
Zucht, die Hauptregeln, die zweckmäßigsten
Kaninchenwohnungen. Die Ernährung,
die verschiedenen Krankheiten und deren
Behandlung. Die Benutzung der Kaninchen
in der Landwirtschaft.

81. Bogen mit Abbildungen.
Preis 1 fl. 10 kr. f. d. B.

E. 235. Karlsruhe.
Post-Uniformen

in drei verschiedenen Qualitäten werden auf
das Schönste angefertigt bei
Heinrich Schnabel
in Karlsruhe.

Büro möblirt. Zimmer
oder Etage und Cabinet, werden bald unter
Boranzahlung zu mieten gesucht.
Adressen erbeten unter O. J. in der
Expedition dieses Blattes. E. 232.

E. 230. 1. Rastatt.
Commis-Gesuch.

Ein junger Mann, der im Spezerei- und
Kurzwaaren-Geschäft Erfahrung hat und
gute Zeugnisse aufweisen kann, findet
sich eine Stelle bei
H. J. Jung in Rastatt.

Thätige Agenten

werden an jedem Orte (Stadt und Land)
gegen hohe Provision angestellt von der
General-Agentur der Vieh-Versicherungsgesellschaft
für das Deutsche Reich
in Magdeburg. E. 106. 2.

Näheres bei **Holmrich Lemke jr.**
in Friesenheim bei Kayh, General-Agent.
E. 215. 1. Jahr.

!!! Stellen !!!

Jedem Stellensuchenden empfiehlt
sich das
Breisgauer Stellenvermittlungsbureau
Kahr. E. 227.

Gesuch.

Ich suche einen in der
Papier- und Schreibmaterialien-Branche
routinirten Verkäufer. Eintritt könnte
sofort oder später erfolgen.
Offerten sehr gerne entgegen.
München.

C. F. Zeller,
K. Hoflieferant.

E. 180. 2. H 219 Z.

Agenten gesucht.

Eines der best situirten Häuser in
Bordeaux-Weinen, das seit vielen
Jahren mit Deutschland arbeitet, hat
mehrere **alte Agenturen** frisch zu
besetzen, und wäre auch geneigt neue
zu gründen, sowie einige **Reisende**
zu engagiren. Bedingungen sehr günstig.
Referenzen sind unerlässlich. Offerten
sub M. Z. 75 an die **Annoucen-Expedition**
von **Haasenstein & Vogler** in Zürich.

E. 186. 2. Mannheim.

N. Steiner & Söhne,

Mannheim,
empfehlen ihr wohlaffortirtes Lager
von **Luzerner und Rothflee** von
echter reinsten Qualität, ebenso von
prima amerl. reinem genießbarem
weissen **Schweinefett** (Schmalz)
zum billigsten en gros Preise.

D. 952. 6. Wien.

Dr. Schwaiger's

Vegetabilen-Extract
heilt gegen Garantie gründlich selbst
veraltete **Manneschwäche** binnen 4 Wochen.
Alle anderen Geschlechtskrankheiten in kürzester
Zeit. Flacon à 2 fl. S. W. nebst
Gebrauchsanweisung und Correspondenz, direct
ohne Nachnahme durch
Dr. Schwaiger,
Wien, VII, Schottenfeldgasse 60.

E. 234. Bei **Malsch & Vogel** in Karlsruhe ist so eben in amtlicher
Handausgabe erschienen und durch sie, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
**Das Reichsgesetz über den Unter-
stützungswohnsitz** mit Einführungsgeetzen und
Vollzugsverordnung nebst dem badischen Gesetz über die öffentliche
Armenpflege und den Vollzugsverordnungen zu demselben in ihrer
jetzigen Gültigkeit. Amtlich durchgesehene Ausgabe.
Preis geheftet 30 kr., bei Einbindung dieses Betrags in Marken erfolgt
Frankozusendung.

D. 966. 3. Karlsruhe.

50 Pfandbriefe

der Süddeutschen Boden-Credit-

Bank in München.

Die Unterzeichneten sind von oben genanntem Institut mit dem Ver-
kauf ihrer 5% Pfandbriefe beauftragt und können solche bis auf Weiteres
al pari in Etäten à Thlr. 1000 = fl. 1750.

500 =	875
400 =	700
200 =	350
100 =	175

nebst laufenden Zinsen à 5% von 1. November an, ohne weitere
Kosten, bei denselben bezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Königlich Bayerischen Regierung darf
von der Bank kein Pfandbrief ausgegeben werden, der nicht zuvor durch
eine ihr zustehende Hypothekensicherung abgedeckt ist. — Außerdem haften
für die Sicherheit der Pfandbriefe das Aktien-Capital der Bank von
14 Millionen Gulden und die Reirerven.

Karlsruhe und Baden-Baden, 23. November 1872.

G. Müller & Co.

E. 196. 2. Karlsruhe. Nachstehende Sorten Felle, als: **Marber, Fliis, Ottern,**
Füchse, Katzen, Hasen u. s. w. laufen und werden die höchsten Preise gezahlt bei
C. A. Zeumer, Kürschner,

Langestr. 63 dem Polytechnikum gegenüber.

Größere Partien werden unter schriftlicher Mittheilung von Hause abgeholt.

E. 170. 2. H 251 b Z. Zürich.

Schriftsezer.

Mehrere Schriftsezer sindu sofort dauernde Condition bei **Drell**
Kühli & Co. in Zürich.

Isländisch-Moos-Pasta

gegen Husten und Heiserkeit.

Die Pasta bewahrt sich als ein vorzüglich linderndes Mittel bei latharhalischen
Affectionen und chronischen Brustleiden. — Die Zusammenlegung der Pasta ist der Art,
dass auch bei häufigem Genuße derselben der Magen nicht geküert wird. — Das Präpa-
rat zeichnet sich vor ähnlichen, zu gleichem Zwecke gebräuchlichen Mitteln, durch einen an-
genehmen nicht allzu süßen Geschmack aus. — Preis per Schachtel 21 kr.

Rosen-Apotheke von Karl Engelhard in Frankfurt a. M.

Niederlagen:

In den meisten Apotheken Deutschlands.

Eis-Lieferungen

in circa 24 Centimeter dicken Tafeln, reiner, spiegelglatter Qualität, besorgt ab
Station Glarus billigst

E. 224. 1.

J. J. Stäger-Lütsch, in Glarus.

E. 228. J m m e n d i n g e n .

Für Eis-Verdürftig

Wir besitzen auf einem Weiser eine Eisfläche von ca. 400,000 Quadratfuß und
ca. neun Centimeter Stärke.

Das Eis ist rein und klar, und befindet sich 3. Stunden vom Bahnhof entfernt.
Wir werden dieses Quantum ganz oder theilweise Denjenigen überlassen, welche
bis zum 22. dieses Monats das höchste Angebot per 100 Kilogramm gemacht haben.
Jmmendingen, den 17. Januar 1873.

Höflichst Fürstlich. Maschinenfabrik.

Eis-Lieferung.

Die Unterzeichneten nehmen Aufträge entgegen auf prompte waggonweise
Lieferung von Schweizer-Eis zum Preise von 1 fl. 20 kr. per Ctr. franco Worms.
Große Quantitäten entsprechend billiger. Der Abgang durch Schmelzen während
des Transports, sowie die Verpackungspflichten für Rechnung des Empfängers. Con-
tract-Formulare werden zur Unterzeichnung zugestellt.

E. 213. 2. **Jenny & Lüdowig in Worms a Rh.**

Stellenantrag.

E. 223. Auf 15. Febr. oder 1. März
wird ein gebildetes Frauenzimmer in eine
kleine Haushaltung zur Unterstützung der
Hausfrau gesucht, gründliche Erfahrung im
Kaufweife wird beanprucht, dagegen sehr
angenehme Stellung in der Familie zuge-
sichert.
Offerten beliebe man an die Expedition
dieses Blattes einzusenden.

Hausverkauf.

In einem vortheilhaften Städtchen des
Mittelrheintales, dicht am Rhein und an
einer Hauptstraße gelegen, welches bereits
durch eine entsprechende Verbindung einen
lebhaften Geschäftsverkehr mit dem Eislag
unterhält, ist eine größere Räumlichkeit mit
großem Garten und Magazin, in welcher
bis heute ein En-gro- und Etenwaaren-
geschäft mit bestem Erfolg betrieben wurde,
wegen Aufgabe des Geschäftes unter ganz
günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Das Gebäude, auf welchem noch die
Wirtschaftsgerechtheit ruht, eignet sich ver-
möge seiner günstigen Lage und praktischen
Einrichtung zu jeder Geschäftsbranche.

Kaufinteressenten belieben ihre Offerten sub
Chiffre N. 135 an die Annoucen-Expedi-
tion von **Haasenstein & Vogler** in
Straßburg i. Elz. einzusenden. E. 162. 2.

E. 192. 2. Mannheim.

Gesuch.

Ein Commis gelesenen Alters, der einige
Jahre Reisender, in den letzten Jahren
Chef de Bureau einer sehr bedeutenden
Fabrik ist, Verkaufshalber aber seine

1 Furchenpflanz,
1 Zapfenwalze,
1 gewöhnliche Walze,
3 Schütten,
1 Gullenpumpe,
2 Gullenfässer,
1 Dreschmaschine mit Göpel,
1 Futterstreichmaschine,
3 Futterstreichröhre,
1 Reibmühle,
1 Fruchtzermühle,
3 Futtertröge,
3 Binden, worunter eine starke Fuß-
winde,
1 Bienenstand nebst Zugehör,
1 Postpresse,
1 eingerichtete Brauweinbrennerei,
Faß und Bandgeschirre,
Feld- und Handgeschirre etc.

Donnerstag den 30. Januar:

Verschiedenes Möbel,
verschiedene Betten,
verschiedenes Bettlich,
Küchenschirre und sonstiger Hausrath etc.,
6 Jentner guter, rauher Hanf,
wogu Viehhaber einladet

Christian Wolber Witwe.

E. 222. 1. Nr. 22. Vletigheim.

Stammholz-Versteige-

runng.

Die Gemeinde Vletigheim läßt am
Dienstag den 28. Januar d. J.,
in ihrem Dammwald
64 Stück Eichen, worunter 34 Hol-
länder,
19 Stück Bau- und Nutzholz und
11 Stück eichene Abzuchtstücke;
Am Mittwoch den 29. Jan. d. J.:
29 Stück Eichen,
3 Fichten,
6 Kappeln,
4 Kujchen,
3 Kirschbäume,
10 Maßholder,
5 Weiden,
25 Hagenbuchen und
180 Erlen

öffentlich versteigern,
Die Zusammenkunft ist jeden Tag Vorm.
9 Uhr im Viehhof, wogu die Steige-
rungsstetthaber eingeladen werden.
Vletigheim, den 18. Januar 1873.
Das Bürgermeisteramt.
S c h m i t t .

Bürgerliche Rechtspflege.

Ladungsverfügungen.

N. 893. Nr. 590. Bühl (Beding-
ter Zahlungsbefehl)

In Sachen
des Albin Müller in Stein-
bach, vertreten durch Rechts-
anwalt Wolff in Baden,
gegen
Johann Schindler von Zau-
tenbach, Namens seiner Ehe-
frau, Theres, geb. Müller,
von Steinbach, an unbekanntem
Orten abwesend,
wegen Forderung von 280 fl.
nebst 5 Prozent Zinsen vom
Klagezustellungsstag, herrüh-
rend aus Darleihen vom
Jahre 1854,

ergeht auf Ansuchen des klagenden Theiles
Beschluß:
1. Dem klagenden Theile wird aufgegeben,
binnen 14 Tagen den klagenden Theil ent-
weder durch Zahlung der im Betreff be-
zeichneten Forderung zu befriedigen oder zu
erklären, daß er die gerichtliche Verhandlung
der Sache verlange, widrigenfalls die For-
derung auf Anrufen des klagenden Theiles
für zugestanden erklärt würde.

Das Verlangen gerichtlicher Verhandlung
kann entweder bei Zustellung dieses Befehles
dem Gerichtsboten oder innerhalb der gege-
benen Frist mündlich oder schriftlich bei Ge-
richt erklärt werden. Dem klagenden Theile
wird zugleich aufgegeben, einen dahier wohnen-
den Gewalthaber aufzustellen, widrigenfalls
alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse
an Eröffnungsstätt an die Gerichtsstelle an-
geschlagen würden.

2. Hieron erhält der klagende Theil Nach-
richt.
Bühl, den 15. Januar 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
J a c o b i .

Ganten.

N. 896. Nr. 514. Eberbach. Gegen
den Nachlaß des Philipp Gruulich
von Haag haben wir Gant erkannt, und es
wird nunmehr zum Nichtigstellungs-
und Vorzugsverfahren Tagfahrt anberaumt auf
Dienstag den 18. Februar d. J.,
Morgens 8 Uhr.

Es werden alle Diejenigen, welche aus
was immer für einem Grunde Ansprüche
an die Gantmasse machen wollen, angefor-
dert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei
Vermeidung des Ausschlusses von der Gant,
persönlich oder durch gehörig Bevollmäch-
tigte, schriftlich oder mündlich, anzumelden
und zugleich ihre etwaigen Vorzugs- oder
Unterschiedsrechte zu bezeichnen, sowie ihre
Beweisurkunden vorzulegen oder den Be-
weis durch andere Beweismittel anzutreten.

In derselben Tagfahrt wird ein Masse-
pfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt,
und ein Borg- oder Nachlassvergleich ver-
sucht werden, und es werden in Bezug auf
Borgvergleiche und Ernennung des Masse-
pflegers und Gläubigerausschusses die Nütz-
lichen betretend angesehen werden.

Die im Auslande wohnenden Gläubiger
haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen
dahier wohnenden Gewalthaber für den
Empfang aller Einbringungen zu bestellen,
welche nach den Geleichen der Partei selbst
geschähen sollen, widrigenfalls alle weiteren

Verfügungen und Erkenntnisse mit der glei-
chen Wirkung, wie wenn sie der Partei er-
öffnet wären, nur an dem Sitzungsorte des
Gerichts angeschlagen würden.

Eberbach, den 16. Januar 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
E. v. Stodhorn.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

N. 864. Nr. 28. Sect. III. Nr. 78.
Karlsruhe. Wider den am 1. Januar
1850 zu Weinheim geborenen Tambour
Conrad Schröder vom 2. badischen Gren-
adier-Regiment, Kaiser Wilhelm, Nr. 110
und den am 15. Februar 1849 zu Freiburg
geborenen Grenadier Josef Hahnmann vom
1. bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109,
sowie den am 25. September 1851 zu
Schweinsberg, Amts Wertheim, geborenen
Retruten Cleophas Weiger, den am 23.
November 1852 zu Helmstadt, Amts Eins-
heim, geborenen Retruten Johann Adam
Philipp Braun und den am 27. August
1851 zu Langeneß, Amts Buchen, geborenen
Retruten Franz Carl Seubert, diese drei
vom 2. badischen Landwehr-Regiment Nr.
110 ist der förmliche Defertionsprozeß im
Contumacialverfahren eröffnet worden.

Dieselben werden hiermit aufgefordert,
sich innerhalb drei Monaten, spätestens aber
in dem auf
Donnerstag den 1. Mai d. J.,
Vor m. 11 Uhr,

im hiesigen Divisionsgericht anberaumten
Termin zu stellen, widrigenfalls sie, nach
Abfluß der Unteruchungen, contumacia-
m für Deferture erklärt und zu einer
Geldbuße von je 50 bis 1000 Thalern verur-
theilt werden.

Karlsruhe, den 16. Januar 1873.
Königliches Gericht der 28. Division.
Der Gerichtsherr: Der Divisions-
v. F r i e d l o w i t z ,
Auditeur:
Generalleutnant und Frhr. v. R i c h t -
Divisions-Commandeur. h o f e n .

N. 901. Nr. 666. St. Blasien. Wa-
sil Schreie, 21 Jahre alt, von Engelshausen,
zuletzt in Joch anständig, zur Zeit abwesend,
ohne daß uns dessen Aufenthaltsort bekannt
ist, welcher des Vergehens wider die öffent-
liche Ordnung im Sinne des § 142 des
R. St. G. B. beschuldigt ist, wird aufgefordert,
sich bei uns
binnen 14 Tagen

zu stellen, indem sonst das Erkenntnis nach
dem Ergebnisse der Untersuchung würde ge-
fällt werden.

Zugleich bitten wir, auf denselben zu jah-
nden und ihn im Vernehmungsalbe anber
herum und sich leicht daran kennlich, daß ihm
das vordere Glied des rechten Zeigefingers
fehlt.

St. Blasien, den 17. Januar 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
B i r k e n m a y e r .

N. 897. Nr. 501. Willingen. Der
sächtige Heinrich Schlenker von Schwen-
ningen ist des am 27. v. M. dahier im wie-
derholten Mißfall verübten einfachen Dieb-
stahls dreier Kleide im Werthe von 35 fl. 34
kr. und eines mit 75 bezeichneter Kasse-
sackes angeklagt.

Derselbe wird deshalb aufgefordert,
binnen 14 Tagen
sich dahier zu stellen, indem sonst nach dem
Ergebnis der Untersuchung das Erkenntnis
verde gefällt werden. Zugleich bitten wir,
auf Schlenker und den noch nicht beige-
brachten Kassetack zu jahnden und den An-
geschuldigten gefänglich uns einzuliefern.

Signalement.
Alter, circa 30 Jahre.
Größe, 5' 5".
Statur, unterlegt.
Gesichtsform, länglich.
Haare, hellblond.
Augen, grau.
Nose, gebogen.

Besondere Kennzeichen:
Trägt einen Schnurrbart und hat ein
verwahrlostes Aussehen.
Kleid u n g : Lange Beinkleider, blaues
Hemd und ein alter Filzhut.

Willingen, den 16. Januar 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
B u i s s o n .

Verm. Bekanntmachungen.

E. 218. Neckargemünd.

Unfindung.

Die an unbekanntem Orte sich aufhaltenden
Conrad Fillingen und Eheleute von Eichel-
brunn werden in Kenntniß gesetzt, daß deren
auf Gemahrung Wörschell liegenden Güter-
stücke in Folge richtiger Verfügung am
27. Dezember v. J. versteigert und um den
Schätzungspreis von 1306 fl. zu Eigenthum
zugeklagt wurden.

Nach 4 Wochen wird die Verweisung des
Erlöses gerichtet, wenn bis dorthin eine be-
gründete Einsprache gegen das Vollstreckungs-
verfahren nicht erhoben wird.

Neckargemünd, den 3. Januar 1873.
Großh. bad. Notar.
S c h ä f e r .

E. 204. Nr. 911. Stodach. Bei
hiesigem Amtsgerichte ist eine Delapisten-
stelle mit 310 fl. Gehalt sofort zu besetzen.
Bewerber wollen sich unter Vorlage von
Zeugnissen binnen 14 Tagen melden.
Stodach, den 15. Januar 1873.
Großh. bad. Amtsgericht.
F o r n u n g .

E. 221. 1. Bei der Oberrechnermei-
Buchen ist die erste Gehilfenstelle bis
30. März d. J. oder längstens in drei Mo-
naten zu besetzen. Die Bewerber haben sich
binnen acht Tagen zu melden.

(Mit einer Beilage.)